

Stellungnahme zur Abstimmung über die Familieninitiative vom 28. Februar 2016

## **"Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"**

Diese Initiative war von Anbeginn eine knifflige Angelegenheit, obwohl die Ausgangslage relativ einfach erscheint. - Verheiratete sollen in steuer- und sozialrechtlichen Belangen gleich behandelt werden wie Konkubinatspaare. Tönt simpel. Warum sollte man auch dagegen sein? Eine Ungleichbehandlung abschaffen zu wollen ist richtig.

Die Mehrheit hat sich an der internen Umfrage demnach für die Annahme der Initiative ausgesprochen. Dies meist kommentarlos, da die Berechtigung des Anliegens vermeintlich offensichtlich ist und keine weitere Begründung benötigt.

Die Krux bei dieser Volksinitiative ist nun, dass sie den Pfad der steuerpolitischen Fragen schon frühzeitig verlassen hat und nun ein erbitterter Austausch auf der gesellschaftskulturellen Ebene stattfindet. Plötzlich werden Ehepaare gegenüber homosexuellen Paaren ausgespielt.

Die ursprüngliche Idee der Initiative, die steuerliche Diskriminierung von Ehepaaren abzuschaffen, wurde durch die zum Teil heftige Debatte bezüglich der Öffnung der Ehe, in den Hintergrund gedrängt. Dies widerspiegelt sich auch in den bei der Hausfrauen- und Hausmännergewerkschaft eingegangenen Kommentaren.

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Hier werden Themen miteinander verbunden, die nichts miteinander zu tun haben und eigentlich separat beurteilt werden sollten.

Es wird immer wieder behauptet, dass eine Erweiterung der Rechte für homosexuelle durch die Annahme der Initiative nicht mehr möglich ist. Tatsächlich? Denn über dieser Teil wurde nicht weiter debattiert.